

Mittelsächsische LinksWorte

20. MAI 2020

Nr. 152

14. JAHRGANG



Am 8. Mai begibt die demokratische Öffentlichkeit in unserem Lande den 75. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus. Auch in Mittelsachsen erinnerten vor allem Mitglieder der LINKEN an vielen Gedenkstätten an den Sieg der alliierten Streitkräfte über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg. In der Bildmitte die Skulptur des Soldaten der Roten Armee auf dem Denkmal auf dem Freiburger Ehrenfriedhof, links unten der Gedenkstein in Mittweida, rechts oben das Mahnmal in Rochlitz, rechts unten eine Gedenktafel in Flöha-Plaue. Weiter Informationen zum 8. Mai in dieser Ausgabe.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BEOBACHTET IN WORT UND BILD:

DER JAHRESTAG DER BEFREIUNG VOM
FASCHISMUS IN MITTELSACHSEN

2. BERICHTET:

VOR DER ERSTEN SITZUNG DES MITTELSÄCH-
SISCHEN KREISTAGES IM JAHR 2020

3. INFORMIERT:

DAS TEAM DER ABGEORDNETEN MARIKA
TÄNDLER-WALENTA IN CORONA-ZEITEN

2	editorial & petition zum 8. mai
3	kolumne & analyse
4/5	titelthema 1: der 8. mai in mittelsachsen
6	titelthema 2: vor der kreistagssitzung am 27. mai
7	titelthema 3: das „landtagsteam tändler-walenta“
8	Jahrestage im mai und juni 2020
9	unsere serie zur politischen bildung: beitrag -56 -: menschenrechte in der corona-krise
10	unsere serie zur politischen bildung: Beitrag -57-: neubeginn 1945
11	kreisvorstand & glückwünsche
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste gedruckte Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am **Mittwoch, dem 17. Juni 2020. Redaktionsschluss** ist am **Mittwoch, dem 10. Juni**. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:



KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
Redaktion „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
e-mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion:

Eyk Fechner, Ruth Fritzsche,
Achim Grunke, Kati Voigt,
Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz:

A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23 b
09557 Flöha/OT Falkenau

Druck:

Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ findet man direkt oder über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Archiv mit allen seit September 2007 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Nichts ist mehr so, wie es noch vor drei Monaten war. Nach Redaktionsschluss unserer März-Ausgabe konnten wir über der Terminleiste gerade noch die Bemerkung „Alle Termine wegen Corona-Virus abgesetzt“ anbringen. Das betraf u.a. die vorgesehenen Regionalkonferenzen unseres Kreisverbandes in den Altkreisen. Kurz danach kam die Information des Landesvorstandes der LINKEN, dass alle Veranstaltungen bis zum 19. Mai abgesetzt oder durch Telefon- bzw. Videokonferenzen ersetzt werden. Der Parteivorstand beschloss die Absetzung der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz, die Anfang April in Düsseldorf stattfinden sollte. Die 1. Tagung des 7. Parteitages wird auf den Herbst verschoben. Aus diesem Anlass verständigten wir uns in der Redaktion schweren Herzens darauf, auf die Herausgabe unserer „LinksWorte“ im April zu verzichten und erst im Mai unter den dann hoffentlich zum Positiven veränderten Bedingungen neu durchzustarten. An diesem Punkt stehen wir nun heute. Zwar gehen die Fallzahlen der Corona-Pandemie zurück und Sachsen steht im Vergleich der Bundesländer ganz gut da. Aber mit der Pandemie sind wir noch nicht über den Berg und niemand kann vorhersehen, wie es im Sommer und im Herbst weitergeht. Der Kreisvorstand hat sich am 8. April und am 23. April auf zwei Telefonkonferenzen über das weitere Vorgehen verständigt. Im Mittelpunkt standen dabei die im Rahmen des Möglichen zu organisierenden stillen Gedenken bzw. Veranstaltungen am 1. und 8. Mai. Die nächste Kreisvorstandssitzung war langfristig für den 27. Mai terminiert. Es ist noch zu entscheiden, ob sie wieder als Telefonkonferenz stattfindet. Dann wird es auch darum gehen, wie die Parteiarbeit unter den grundsätzlich veränderten Bedingungen organisiert werden soll. Wir werden darüber im Juni berichten.

Nachdem die Kreistagssitzung am 25. März ausgefallen ist, wurde die nächste Beratung für den 27. Mai angesetzt. Wir informieren, wie sich die Kreistagsfraktion der LINKEN auf die Sitzung vorbereitet. Im Rahmen der veränderten Bedingungen muss auch die Arbeit im Sächsischen Landtag durchgeführt werden. Das betrifft auch unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta. Unser Redaktionsmitglied Kati Voigt, ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin, berichtet in mehreren Artikeln über das Engagement des „Teams Tändler-Walenta“ in finsterster Corona-Zeit. Besonders fleißig war in den vergangenen Tagen unser Redaktionsmitglied Achim Grunke. Er liefert nämlich gleich zwei Beiträge für unsere Serie zur politischen Bildung und Information und schließt damit die durch den Ausfall unserer April-Ausgabe entstandene Lücke. Natürlich haben wir auch bei der Würdigung unserer Geburtstagskinder und bei der Übersicht über die Jahrestage die im April entstandene Lücke geschlossen. Das hatte natürlich kleinere Auswirkungen auf das gewohnte Bild unserer Zeitung. Ab Juni läuft alles wieder normal. All unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - nach der kleinen Unterbrechung - wie immer eine interessante und anregende Lektüre.

Die auschwitz-überlebende esther bejarano fordert, dass der 8. mai zum feiertag wird

Ich überlebte als Mitglied des „Mädchenorchesters“ das deutsche Vernichtungslager Auschwitz und konnte vor 75 Jahren auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ-Ravensbrück der SS entkommen. Ich bin Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD e.V und Ehrenpräsidentin der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.



Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Dies schrieb ich in einem offenen Brief am 26. Januar 2020 „an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“.

Die militärische Zerschlagung des Faschismus durch die Alliierten, Partisan*innen und Widerstandskämpfer*innen als Befreiung zu begreifen, bedeutet die richtigen Schlüsse zu ziehen und auch so zu handeln. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt.

Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeutet für uns:

- AfD, NPD und ihre Verbündeten aufzuhalten
- das Treiben gewalttätiger und mordender Neonazis zu unterbinden, ihre Netzwerke in Polizei, Bundeswehr aufzudecken und aufzulösen,
- einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden,
- Geflüchtete in Deutschland aufzunehmen
- die Logik des Militärischen zu durchbrechen und Waffenexporte zu verhindern und
- die Diffamierung und Behinderung demokratischer und antifaschistischer Gruppen und Organisationen durch Geheimdienste und Finanzämter zu beenden.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen nicht. Es muss gestritten werden für die neue Welt des Friedens und der Freiheit, die die befreiten Häftlinge im Schwur von Buchenwald als Auftrag hinterlassen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung. – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.

Deshalb: Achter Mai – arbeitsfrei! Zeit für Antifaschismus!

Nachsatz:

Die Petition kann online unter www.change.org unterschrieben werden.

auf seite - drei -
- immer konsequent links -

unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

In der Sendung "titel - themen - temperament" der ARD am späten Abend des 10. Mai ging es in einem siebenminütigen Beitrag um den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und in diesem Zusammenhang um die Haltung Deutschlands zu Russland, der mich sehr berührt hat. Im Mittelpunkt der Sendung stand der mörderischste Krieg der Menschheitsgeschichte: die Schlacht zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Der Beitrag begann am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, der größten Gedenkstätte an diese Schlacht. Kommentar des Historikers Götz Aly: "Für deutsche Spitzenpolitiker hat dieser Ort jedoch keine Bedeutung - bis heute". Und weiter: "Im Herbst letzten Jahres hat die russische Regierung die Bundeskanzlerin und den Bundespräsidenten zur traditionellen Parade in Moskau eingeladen. Es sollte eine besondere sein: Zum 75. Jahrestag des Sieges. Ein halbes Jahr lang kam aus Berlin einfach keine Antwort auf diese Einladung - bis Corona die Sache erledigte." Für Aly eine Geste der Missachtung. "Die Rote Armee hat die allergrößten Opfer in diesem Krieg bringen müssen und auch gebracht". Deshalb sei es ein Grund, ihr besonders zu danken. "Und ich muss sagen: traurig ... traurig, dass dafür so wenig Verständnis ist in Deutschland". Er schließt, dass das noch am Kalten Krieg liege, aber auch an einer merkwürdigen Kälte der deutschen politischen Elite gegenüber Russland.

Diese Kälte reicht weit zurück und begann schon lange vor der Krim- und Ukraine-Krise. Ein Beispiel: 1994 wurden die drei West-Alliierten in Berlins Mitte mit militärischen Ehren verabschiedet. Russland hatte man - entgegen der damaligen Verabredung - von der Feier ausgeschlossen. Die ehemalige Rote Armee musste ihre Abschiedsparade allein in einem Ostberliner Außenbezirk abhalten.

Der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski bemerkt im weiteren: "Als die ehemaligen Westalliierten im vorigen Sommer an den 75. Jahrestag der Landung in der Normandie erinnerten, saß die Bundeskanzlerin selbstverständlich mit Donald Trump und Theresa May auf der Ehrentribüne". Da fahre man hin und es interessiere nicht, wer da gerade in den USA oder in England regiere. Es interessiere einen mit Recht nicht an einem solchen Tag - aber man verweigere genau das den Russen und argumentiere dann politisch.

Im Westen führte Deutschland einen "normalen Krieg", im Osten aber hatten Wehrmacht und SS einen ganz anderen Auftrag: Die Vernichtung von "slawischen Untermenschen". Die Hälfte der 27 Millionen sowjetischer Opfer waren Zivilisten. Über 13 Millionen Frauen, Kinder und Greise wurden von der Wehrmacht systematisch vernichtet. Ihre Dörfer wurden niedergebrannt, die Städte pulverisiert. Allein im Herbst 1941 hat man 2,5 Millionen sowjetischer Soldaten verhungern lassen.

Abschließend der Historiker Götz Aly: Wir hätten es in der Hand, heute die Soldaten der Roten Armee zu würdigen, zu sagen, dass wir nachträglich glücklich über ihren Sieg sind. Er ist die Grundlage unserer Freiheit, unseres Glücks und unseren Wohlstands. Dafür unser Dank. (hw)

krieg und frieden im denken von hannah arendt

von REINHARD KLUGE

In der gegenwärtigen Corona-Krise verschieben sich ganz natürlich die Gewichte der Politikfelder im Auge des Betrachters. In den internationalen Beziehungen dominieren neben den Fragen der gegenseitigen Unterstützung der Gesundheitssysteme die Probleme des globalen Marktes und der Finanzen. Konservative Kräfte benutzen dabei den eher bei Linken gebräuchlichen Begriff der Solidarität inflationär. Dagegen ist die Debatte um Krieg und Frieden eher in den Hintergrund gerückt. Mit Befriedigung stellen wir fest, dass dem Virus das äußerst gefährliche Manöver der NATO an den Grenzen Russlands zum Opfer fällt. Da muss man andererseits schon aufhorchen, wenn in der BRD gerade jetzt eine Kommission eingesetzt wird, die sich mit der Zukunft der NATO beschäftigen soll, nachdem der französische Präsident sie kürzlich als himmtot charakterisiert hatte. Vertreter der großen Koalition betonten jüngst, dass die BRD ihren erweiterten finanziellen Verpflichtung im Rahmen der NATO auch nach



der Corona-Krise nachkommen werde. Wie kürzlich bekannt wurde, plant die Bundeswehr die Anschaffung von 30 amerikanischen F-18-Kampfflugzeugen. Diese sind als Träger von Atombomben geeignet, können also im Rahmen der „atomaren Teilhabe“ für den Erstschatz eingesetzt werden, den die Militärdoctrin der Bundeswehr immer noch vorsieht. Für die Linke kann es nur eine Schlussfolgerung geben. Ihr programmatisches Ziel gilt: Die NATO und alle anderen Militärbündnisse haben keine Zukunft: sie sind ersatzlos aufzulösen! Denn Krieg kann unter der Bedingung der Existenz der riesigen Atomwaffenarsenale in der Welt kein Mittel der Politik mehr sein. Dazu hat sich die bedeutende deutsch-amerikanische Philosophin Hannah Arendt schon 1953 in ihrem „Denktagebuch“ überzeugend so geäußert: „Nationale Politiker können ... im Kriege wohl die politi-

sche Macht und selbst die politische Freiheit ihres Volkes riskieren, niemals aber dessen physische Existenz selbst. ... All dies gilt in weit verstärktem Maße von der Menschheit. Es gibt keinen Krieg, der die Existenz der Menschheit aufs Spiel setzen dürfte. Und gerade dies ist eine Möglichkeit, ein mögliches und gefürchtetes Risiko geworden. Freiheit, Gerechtigkeit etc. werden leere Worte, wenn es sich um den physischen Fortbestand der Menschheit handelt oder um den irdischen Fortbestand ihres Wohnens, der Erde. In dem Moment, wo eine Zerstörung alles Lebens auf der Erde oder die Zerstörung der Erde selbst auch nur denkbar ist als eine Art „surprise de technique“, kann von keinem Volk mehr erwartet werden, dass es den Krieg riskiert. Wenn die Mittel der Gewalt bis zu dem Punkte entwickelt worden sind, dass ihre kollektive Handhabung die absolute Zerstörung möglicherweise zur Folge hat, ist der Moment

gekommen, sie aus der Politik ganz und gar zu entfernen.“ Unbedingter Pazifismus ist für Hannah Arendt ein zentrales politisches Postulat, unmittelbar aus der Lebenswirklichkeit ihrer Zeit abgeleitet,

dem Erlebnis der Atombombeneinsätze gegen japanische Städte und der andauernden oberirdischen Atomwaffen-Versuche der beiden Großmächte. Aus linker Sicht ist das Denken und Werk Hannah Arendts, das politisch um den Totalitarismus - die Diktaturen Stalins und Hitlers kreist - umstritten. Das liegt möglicherweise auch daran, dass das Hannah-Arendt-Institut der TU Dresden im Ruf steht, das theoretische Denken Hannah Arendts gegen moderne linke Politik zu instrumentalisieren. Diese Zielsetzung des Instituts ist mehr als fragwürdig, wenn man sich etwa Hannah Arendts Kritik der repräsentativen Demokratie, ihre Wertschätzung Rosa Luxemburgs und der Rätebewegung in der Novemberrevolution vor Augen führt. Ihre Position zu Krieg und Frieden von 1952 gehört jedenfalls zum bedeutenden philosophischen Erbe des 20. Jahrhunderts, das wir uns zu eigen machen sollten.

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, erklären zum Tag der Befreiung:

Am 8. Mai 1945 endete das System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Eine Zeit des unaussprechlichen Leides und des millionenfachen Mordes war beendet. Die Alliierten hatten Nazi-Deutschland besiegt. Es war ein gemeinsamer Kampf gegen eine einzigartige Bedrohung grundlegender Werte des Humanismus und Menschlichkeit, gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassenwahn.

Es ist ein Tag der Mahnung, aber auch ein Tag der Freude. Es ist ein Tag, der uns allen vor Augen führt, wohin Antisemitismus, Rassenwahn und blinder Gehorsam führen.

Die Morde in Hanau und Halle, der Mord an Walther Lübcke und der NSU-Komplex zeigen uns, dass die Ideen dieser gewalttätigen und menschenverachtenden Ideologie weiterhin existiert. Rechtes Gedankengut, Verschwörungsmythen und Antisemitismus erleben eine neue, eine schleichende Renaissance. Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir den Tag der Befreiung als einen Tag der Mahnung, des Gedenkens und einen Tag des Mutes begreifen und zelebrieren.

Die Bundesregierung sollte sich der historischen und gesellschaftlichen Dimension dieses Tages bewusst sein und den 75. Tag der Befreiung nutzen, um ein Zeichen gegen rechtes Gedankengut zu setzen und den Tag der Befreiung als einen Gedenktag für Humanität, Toleranz und Demokratie zu würdigen.

gedenken auf dem sowjetischen ehrenfriedhof in freiberg

Die Skulptur des Soldaten der Roten Armee blickt, die sowjetische Flagge fest in der Hand, vom Denkmal des Ehrenfriedhofs an der Himmelfahrtsgasse oberhalb von Freiberg auf die Bergstadt. Freiberg wurde am 7. Mai 1945 kampflos von der Roten Armee eingenommen. Vor allem ein Verdienst des Oberbürgermeisters Werner Hartenstein, der sich zuvor als strammer Nazi und keinesfalls als harmloser Mitläufer hervorgetan hatte. Sein Wirken in der Zeit des Nationalsozialismus wurde vom Freiburger Heimatforscher Michael Düsing akribisch erforscht. Der Freiburger Ehrenfriedhof wurde auf Anordnung der sowjetischen Kommandantur in den Jahren 1945/46 angelegt und im Frühjahr 1947 eingeweiht. Hier befinden sich die Gräber von 161 gefallenen, verstorbenen und ermordeten Menschen aus der Sowjetunion. 105 der hier Ruhenden waren Soldaten der Roten Armee. Viele von ihnen hatten sich in den verschiedenen Kämpfen, die der Einnahme Freibergs vorausgegangen waren, schwere Verletzungen

zugezogen. Sie verstarben erst nach der Übergabe der Stadt an die Rote Armee. Der Friedhof erinnert auch an die zahlreichen sowjetischen Zivilisten, die nach Deutschland verschleppt wurden, harte Arbeit leisten mussten und in der Fremde verstarben. Im Zentrum des Friedhofs steht die sieben Meter hohe, vom Dresdner Bildhauer Otto Rost entworfene Skulptur eines Sowjetsoldaten. In den Sandsockel des Denkmals sind Metallreliefs mit Szenen der opferreichen Kämpfe des Zweiten Weltkrieges eingelassen. Am Rande des sowjetischen Ehrenfriedhofs erinnert ein Denkmal an die deutschen Opfer des Nationalsozialismus.

Am späten Vormittag des 8. Mai trafen sich zwanzig Genossinnen und Genossen aus den Ortsverbänden Brand-Erbisdorf und Freiberg zum Gedenken auf dem Ehrenfriedhof. Die Veranstaltung war bei der Stadtverwaltung Freiberg offiziell angemeldet worden. Zu den Versammelten sprach Achim Grunke, der Vorsitzende des Ortsverbandes Freiberg der LINKEN.



Das Denkmal für die Opfer des Faschismus

Ehrung am 8. Mai auf dem Ehrenfriedhof

Metallrelief im Sandsockel des Denkmals



Am Ehrenmal des sowjetischen Soldaten in der Nähe des **Rochlitzer** Bahnhofes gedachten ca. 50 Personen der Befreiung vom Nationalsozialismus. Gemeinsame Veranstalter waren DIE LINKE und die DKP (Bilder links und oben). Bereits am 14. April war in Rochlitz an der Muldenbrücke aus Anlass des Jahrestages der Einnahme durch die amerikanischen Truppen ein Blumengebilde niedergelegt worden. Am Gedenkstein für die Opfer des Krieges, speziell die Inhaftierten der Außenstelle des KZ Flossenbürg in **Mittweida** legten OB Ralf Schreiber und der Ortsverband der LINKEN Kränze nieder (siehe unser Titelbild).

REINHARD KLUGE - als „Kind des Krieges“ in ARD und MDR



Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung realisierte die ARD - auf allen ihren Kanälen, im Fernsehen, im Hörfunk, im Netz, in der Audiothek und in der Mediathek das multimediale Projekt „Kinder des Krieges - Deutschland 1945“. Nach der Ausstrahlung in der ARD und im MDR ist die Sendung ein Jahr lang in der Mediathek der ARD verfügbar. Eines der „Kinder des Krieges“ war unser Genosse **REINHARD KLUGE** aus Rechenberg-Bienenmühle. Die Redaktion hat ihn um einen Erlebnisbericht als „Kind des Krieges“ für die „LinksWorte“ gebeten.

starb 1941 an den Spätfolgen seiner Verwundung. Meine Mutter, Kinderkrankenschwester, die ihre Jugend im Schatten des Ersten Weltkrieges erlebt und ihren geliebten Bruder an der Ostfront verloren hatte, blieb eher zurückhaltend. Und als ich 1943 von der Volksschule zum Besuch einer Nazi-Führerschule vorgeschlagen wurde, meldete sie mich in bewusster Alternative dazu bei Prof. Rudolf Mauersberger, dem Kantor des Dresdner Kreuzchores, zum Vorsingen an. So wurde ich 1944 Kruzianer und lebte seitdem im Alumnat der altehrwürdigen Kreuzschule am Georgsplatz in Dresden, heute noch gut zu verorten hinter dem Körnerdenkmal an der großen Kreuzung der Dresdner Nord-Südachse zur Bürgerwiese. Dort erlebte ich die Dresdner Bombennacht vom 13. Februar. Beim ersten Angriff der britischen Bomberverbände wurde unsere Luftschutzkeller vielfach durch heftige Detonationen von Sprengbomben stark erschüttert, hielt aber stand, während das Schulgebäude durch Stabbrandbomben Feuer gefangen hatte. Löschversuche von älteren Schülern waren aussichtslos. Der anwesende Alumnatsinspektor schien handlungsunfähig. So habe ich mir ein Herz gefasst und habe die brennende Schule aus eigenem Antrieb verlassen und bin zusammen mit einem Klassenkameraden an der Elbe entlang Richtung Blaues Wunder gelaufen, in dessen Nähe wir während des zweiten Angriffs nach Mitternacht bei einer Familie Zuflucht fanden. Am nächsten Morgen erreichten wir dann die mütterliche Wohnung in Laubegast. So ist mir das schreckliche Erleben des zweiten Angriffs in der Innenstadt mit den vielen Toten in den Straßen erspart geblieben. Und ich habe überlebt, im Unterschied zu elf meiner Chorkameraden. Vier sind mit ihren Familien umgekommen,

sieben in der Schule, meist an den Brandgasen erstickt, die in den Keller eindringen, der uns Jungen so sicher erschienen war. Es ist bis heute eine offene Frage, warum die evangelische Kirche und die Chorleitung eine Evakuierung des Kreuzchores nicht ins Auge fassten, ganz im Unterschied zur katholischen Kirche, die die Dresdner Kapellknaben in Bautzen untergebracht hatte. Kantor Mauersberger, selbst ausgebombt, hat wenige Tage nach dem Angriff vom Schicksal seiner Jungen erfahren und war tief erschüttert. Nach meinem Empfinden ist die große Trauermotette „Wie liegt die Stadt so wüst“, die Mauersberger nach Texten der Klagelieder Jeremias, einem der großen bewegenden Texte des Alten Testaments, komponiert hat, offenbar der Versuch, sich seiner Schuld und Mitverantwortung zu stellen. Diese Motette ist, wie das auch in der oben genannten Filmdokumentation gezeigt wurde, in der ersten Vesper in der Ruine der Kreuzkirche am 4. August 1945 vor einigen hundert Dresdnern uraufgeführt worden. Dieses Ereignis hat sich uns Kruzianern und der Vespergemeinde tief ins Gedächtnis eingegraben. Diese Vesper war zugleich ein Neubeginn auch des Kulturlebens im schwer geprüften Dresden, das wieder in Gang zu setzen ein gemeinsames Anliegen der Besatzungsmacht und der antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Dresden unter Leitung des unvergessenen Oberbürgermeisters Dr. Rudolf Friedrichs war.

Das von mir hier kurz geschilderte Kindheitserleben hat mich für mein Leben geprägt mit der inneren Verpflichtung, für den Frieden zwischen den Völkern und für eine Welt einzustehen, in der Solidarität, Humanismus und Emanzipation bestimmende Werte sind.

Als Ende Februar ein Filmteam bei mir anfragte, ob ich bereit sei, an einem Projekt zu Kindheitserlebnissen im Zweiten Weltkrieg mitzuwirken, habe ich nach kurzem Überlegen zugestimmt. Inzwischen sind zwei Sendungen, an denen ich beteiligt war, Anfang Mai aus Anlass des 75. Jahrestages des Kriegsendes über die Bildschirme gegangen.

Ich gehöre der Generation an, die Nazizeit und Krieg und die ersten Aufbauphasen in der SBZ als Kind erlebt haben, als Pimpf im Jungvolk und dann als FDJ-Mitglied, wie verwirrend sich das auch anhören mag. Mein Vater, gelernter Schriftsetzer, im ersten Weltkrieg vier Jahre in den Schlachten an der Somme und vor Verdun, im Sommer 1918 schwer verwundet, war in der Weimarer Zeit Polizist geworden. Gegenüber der Nazi-Partei ursprünglich skeptisch, war er 1938 schließlich doch Parteimitglied geworden, vor allem durch der Vereinahmung Österreichs umgestimmt und begeistert. Er



von **HANS-JÜRGEN KÜHN**

Auch wenn der 75. Jahrestag des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus unter besonderen Vorzeichen stand, wurde er doch von den Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes der Region Flöha nicht vergessen. Die Ehrungen in den Städten und Gemeinden konnten so nur im kleinsten Kreis stattfinden. In Oederan wurden am Ehrenmal auf dem Teichplan und an den beiden Gedenkorten am Friedhof (im rechten Bild Roswitha Plache) im Namen vom VVN/BDA und der Partei DIE LINKE Blumen niedergelegt. In Flöha erfolgte dies am Ehrenmal an der Lessingstraße, wo auch der Oberbürgermeister Volker Holuscha (Bild links) im Namen der Stadt mit einem Blumengebinde dieses Tages gedachte. Auch an der Turnhalle in Flöha Plau und den beiden Friedhöfen legten wir Blumen nieder und gedachten der Opfer.

vorbemerkungen zur ersten sitzung des kreistages in diesem jahr am 27. mai

von EYK FECHNER

Auch wenn die Kreistagssitzung am 25. März ausgefallen ist, so haben die Mitglieder der Kreistagsfraktion der LINKEN trotzdem nach Möglichkeit agiert. Für die kommende Kreistagssitzung, die auf den 27. Mai 2020 verlegt wurde, bereitet sich die Fraktion gründlich vor. Am 6. Mai fand eine Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik statt.

Im folgenden einige aktuelle kommunale Schwerpunkte, bei deren Umsetzung sich unsere Kreistagsfraktion engagieren wird.

kreisstraßenbau in zettlitz

Unser Kreisrat David Rausch stellte eine Anfrage an den Kreisrat bezüglich des Kreisstraßenbaus in Zettlitz und warum dieser trotz Planung und Notwendigkeit nicht stattfindet. Geplant waren Verbesserungsarbeiten für das Frühjahr 2020, doch aufgrund fehlender Fördermittel seitens der Förderrichtlinie Kommunaler Straßen- und Brückenbau (RL-KStB, Teil A) des

Freistaates Sachsen kommt es zu Verzögerungen. Das Landesamt für Straßenbau, welches für die Bewilligung der Fördermittel verantwortlich ist, nimmt keine Neuansträge an, da die Fördermittel für die nächsten Jahre völlig überzeichnet wären. Die Möglichkeit einer Vorfinanzierung bleibt jedoch ausgeschlossen, da es sonst keine Zuschüsse vom Land gibt und der Kreis die volle Finanzierung nicht stemmen könne. Bis Ende 2022 sei jedoch mit der Wiederaufnahme genannter Maßnahmen zu rechnen.

Das Landratsamt Mittelsachsen steht dem Straßenbau im ländlichen bis dörflichen Raum auch grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber und möchte um jede einzelne Straße kämpfen.

stadtrat freiberg nach dem von mittweida bald im netz ?

In Mittweida wurde am 30. April erstmals eine Stadtratssitzung im Internet live übertragen. Die Resonanz sei sehr positiv gewesen, stellt der Kreisrat der LINKEN, Torsten Bachmann fest. Nun fordert die SPD in Freiberg das

gleiche für ihren Stadtrat. Auch unsere Genossinnen und Genossen in Freiberg unterstützen diesen Antrag. Die Nutzung moderner Medien scheinen richtig und wichtig. Sie sorgen beispielsweise für mehr Transparenz und ermöglicht es den Menschen, immer und überall dabei zu sein, wenn sie verhindert sind.

blasmusik vom turm der freiberger petrikerkirche

Maher Presley finanziert die Donnerstagskonzerte vom Freiburger Petriturm. Der Fotograf und Autor unterstützt seit mehreren Jahren auch finanziell das Theaterleben in Freiberg. Auch in Zeiten von Corona hält er die Kunst für eines der wichtigsten Güter. Bis Ende Mai laufen die Auftritte. Die Künstlerinnen und Künstler verzichten auf ihr Honorar. Unsere Freiburger Kreisrätin Jana Pinka unterstützt die Konzerte und agiert als Vermittlerin.

radtour durch mittelsachsen – fehlanzeige !

Radfahren durch den Landkreis

Mittelsachsen ist oftmals eine gefährliche Sache. Viele Radwege führen auf gut befahrene Straßen, enden auf Grund fehlender Fördermittel bzw. Bauanträge im Nirgendwo oder wurden gar nicht erst geplant. Egal, ob es sich um den Striegelradweg Hainichen – Roßwein handelt, der seit 2007 (!) im Bau ist, der Radweg Waldheim – Gebersbach welcher seit 16 Jahren geplant wird oder die Verkehrssicherheit für Radfahrer in den großen Kreisstädten. Vereinzelt gibt es gut ausgebaute Radwege, doch das bleibt in Mittelsachsen die Minderheit. Unsere Genossin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jana Pinka gab der Freien Presse Vorschläge an, um die Radverkehrssituation zu verbessern. Nachlesen könnt ihr das in der Freiburger Ausgabe vom 11. Mai. „Bei der 2018 durch den Kreistag verabschiedeten touristischen Radverkehrskonzeption bleibt der „Alltagsradler“ ausgeblendet, solange diese Konzeption nicht unter diesem Gesichtspunkt wieder fortgeschrieben wird“ sagt sie im Interview.

Rettungsschirm für die Kinder- und Jugendhilfe

Von **KATI VOIGT**

Gemeinsam mit der Sprecherin für Kinder- und Jugendarbeit **ANNA GORSKIH** (MdL) hat **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (MdL) einen offenen Brief an die Staatsministerin Frau Köpping verfasst. Dieser beinhaltet die Forderung nach einem „Rettungsschirm für die Kinder- und Jugendhilfe“.

„So wie Schutzschirme für Betriebe und Unternehmen aufgespannt werden, so sollten auch Dienste und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe dringend abgesichert werden. Die Kinder- und Jugendarbeit spielt eine wesentliche Rolle für unser Gemeinwesen. Gerade jetzt in dieser Krisenzeit, müssen Träger der Kinder- und Jugendarbeit finanziell abgesichert werden, damit sie handlungsfähig bleiben und ihre Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern auch weiterhin anbieten können“ sagt Marika Tändler-Walenta.

Die beiden Abgeordneten haben konkrete Handlungsschritte formuliert, die für die Absicherung der jeweiligen Träger in der aktuellen Situation notwendig sind. Der erste Schritt beinhaltet die finanzielle Sicherheit von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, um die Auflösung sozialer Infrastruktur zu vermeiden. Der zweite Schritt bezieht sich auf die sichere Weiterfinanzierung aller,

durch den Freistaat geförderten Träger, Dienste, Einrichtungen sowie Projekte der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe. Auch bei Leistungseinschränkungen sei es wichtig Zuwendungen und Leistungsentgelte an diese Dienste vollständig auszahlend. Zudem sollte eine Pauschalfinanzierung der Beschäftigten, die Entgeltfinanzierung über Fachleistungsstunden ersetzen bzw. diese wieder eingeführt werden. Im nächsten vorgeschlagenen Schritt raten die beiden Abgeordneten an, Sicherheit und Klarheit hinsichtlich der Arbeitszeit in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfen zu schaffen, damit nicht etwa der Jahresurlaub von Beschäftigten für etwaige Isolationsphasen aufgewendet werden muss. Im vierten Schritt wird gefordert, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in der derzeitigen Situation keine Streichung der Förderung oder gar Kündigung der Räumlichkeiten wegen Mietrückstands erleiden. Im fünften Schritt wird die Einrichtung eines Solidarfonds für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gefordert, der den Verdienstaufschlag im Zuge der sächsischen Allgemeinverfügungen auffängt. Im sechsten und letzten Schritt fordern die beiden Abgeordneten die Schaffung einheitlicher Regelungen bezüglich des Einsatzes von zusätzlichem Personal in Einrichtungen, die nicht geschlossen werden können, wie zum Beispiel stationäre Einrichtungen.

DIE LINKE macht Sport(-politik) zu Corona trotzdem möglich

Von **MARVIN MÜLLER**

Als die Corona Pandemie vor einigen Wochen Deutschland und Sachsen erreichte, war fast über Nacht nichts mehr wie es vorher war. Das öffentliche Leben wurde auf das notwendigste Minimum heruntergefahren. Freizeitgestaltung, Kultur oder sportliche Aktivitäten sind mit einem Augenschlag in den Hintergrund gerückt. Wir alle haben uns mit drastischen Maßnahmen konfrontiert gesehen und uns zum Wohle der gesamten Bevölkerung auch bereitwillig darauf eingelassen.

Sachsen ist ein sportbegeistertes Land. Es gibt unzählige Vereine, verschiedenste Sportarten und endlos viele ehrenamtliche Mitarbeiter*innen und Helfer, ohne deren Arbeit vieles nicht möglich wäre. Die Rahmenbedingungen stimmen also, um sportlich wieder voll durchzustarten ist die Krise erst einmal vollständig überstanden, mag man denken. Zweifel, dass sich diese Vorfreude bestätigen wird, lässt in erster Linie die Politik – oder konkret die sächsische Staatsregierung aufkommen. In Leipzig beispielsweise wurden mehrere Neubau- und Sanierungsprojekte mit einem Volumen von über 6 Millionen Euro kurzer Hand von Herrn Ministerpräsidenten Kretschmer (CDU) und dessen Regierung abgelehnt. Dies kommt einem Skandal gleich, bedenkt man die Schwierigkeiten in urbanisierten Gebieten wie Leipzig oder Dresden,

attraktive Sport und Bewegungsangebote zu schaffen. Selbe Personen, die einerseits Sportförderungspläne derart zerschmettern, wollen am 16. Mai die Bundesligafortsetzung auf sicheren Beinen gewährleisten? Es darf skeptisch beobachtet werden. Eine Alternativlösung konnte uns die Staatsregierung aktuell noch nicht mitteilen. Ohne zeitgemäße Schwimmhallen, um den richtigen Umgang mit Wasser zu lernen, wirkt das Leipziger Neuseeland doch gar nicht mehr so verlockend für Familien mit Kindern. Und dies ist nur ein Beispiel der jetzt leider geplatzen Projekte. **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** sportpolitische Sprecherin und **JULIANE NAGEL** haben eine kleine Anfrage mit den entscheidenden Fragen zu diesem Vorgang in Leipzig eingereicht. Eine weitere kleine Anfrage, zum Schutz unserer Sportlandschaft während der Covid-19 Pandemie folgt in den nächsten Tagen.

Auf der Homepage des Landesverbandes der LINKEN finden Sportler, Vereine oder interessierte viele notwendige Informationen bei verschiedensten Fragen. Ich war bei der Erstellung der Informationsseite maßgeblich beteiligt. Wo kann ich mich hinwenden, sollte mein Verein um das finanzielle Überleben kämpfen? Wann kann ich meine Sportart wieder ausüben? Mit wie vielen Menschen kann ich sportlichen Aktivitäten nachgehen? Zu all diesen Fragen finden sich unter dem aufgeführten Link zahlreiche Informationen.

das „team tändler-walenta“, auch in der corona-krise aktiv

Es dürfte allen unseren Leserinnen und Lesern bekannt sein, dass unsere Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta im vergangenen Jahr für DIE LINKE in den sächsischen Landtag gewählt wurde. Inzwischen ist sie dort stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für die Bereiche Europa, Sport und Kindertagesstätten. Bürgerbüros unterhält sie in Döbeln (dort ist ihre wissenschaftliche Mitarbeiterin Kati Voigt vor Ort) und in Mittweida (dort organisiert Eyk Fechner die Geschäfte). Beide arbeiten in unserer Redaktion mit. In Dresden wird Marika stundenweise durch Toni Christoph unterstützt. Zur Erinnerung: Mit Marika selbst, mit Eyk Fechner und Toni Christoph gehören drei der fünf mittelsächsischen Direktkandidaten zur Landtagswahl dem „Team Tändler-Walenta“ an. Über zwei Aktionen, mit denen sich Marika in ihrem Wahlkreis in Erinnerung bringt, berichtet Kati Voigt auf dieser Seite.

einkaufslieferservice in döbeln und umgebung

Seit dem 23. März bietet die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Die Linke Mittelsachsen, Marika Tändler-Walenta, einen Einkaufsservice für nichtmobile und ältere Menschen in Döbeln und Umgebung an. Diese können sich seither telefonisch im Döbelner Bürgerbüro melden und ihre Einkaufslisten durchgeben. Je-

aus weiteren Städten und Gemeinden in Mittelsachsen den Einkaufsdienst nutzen. „Unser Angebot wurde wirklich gut angenommen. Mich freut es, dass wir zahlreiche, zumeist ältere Menschen, tatkräftig unterstützen konnten. Da es ausschließlich positive Rückmeldungen gab, kann ich mir gut vorstellen den Einkaufsliefer-



den Mittwoch und Samstag werden die gewünschten Einkäufe dann nach Hause geliefert. Die Übergabe der Lebensmittel erfolgt, entsprechend der Hygienevorschriften, kontaktlos. Unterstützt wird Marika Tändler-Walenta



service auch nach der Corona-Krise anzubieten. Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen, dass es doch zahlreiche Menschen gibt die Hilfe benötigen. Nicht immer ist die eigene Familie in der Nähe oder ein

Pflegedienst vorhanden. Daher plane ich ein längerfristiges „Einkaufs-Projekt“ das hilfebedürftige Menschen, auch nach der „Coronazeit“, im Alltag unterstützt“ so die Landtagsabgeordnete.

Wer den Einkaufsservice nutzen möchte, kann sich auch weiterhin gern unter der Nummer: 03431/710045 bei uns melden. Einkaufslieferservice in Döbeln und Umgebung.

dabei von ihren Mitarbeiter*innen. „Der Einkaufslieferservice ist für mich ein sinnvolles Hilfsangebot, um vor allem nichtmotorisierte Alleinstehende und ältere Menschen zu unterstützen. Diese müssen nicht erst vor die Tür, um sich mit den nötigsten Lebensmitteln zu versorgen“ sagt Marika. Da wir noch Kapazitäten haben, wurde das Angebot noch erweitert. Seit dem 30. März 2020 können auch Menschen

spendenaktion - gegen die langeweile

Am 29.04.2020 rief Marika Tändler-Walenta, Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende DIE LINKE Mittelsachsen, zu einer Spendenaktion in Döbeln unter dem Motto: „Spenden gegen die Langeweile“ auf.

Dazu erklärt sie: „Die derzeitige Situation stellt für uns alle eine besondere Herausforderung dar. Schulen und Kitas sind geschlossen, die Eltern betreuen ihre lieben Kleinen rund um die Uhr zu Hause. Das ist eine echte Belastungsprobe und deshalb wollen Familien in dieser Zeit unterstützen und für etwas Abwechslung sorgen. Wir sammeln Spenden in Form von Spielen, Büchern, Puzzeln, Ausmalheften, Stiften und mehr, um Kindern diese Zeit etwas zu erleichtern. Natürlich können Spiele online bestellt werden und es gibt es auch viele Ideen und Tätigkeitsangebote die im Netz zu finden sind. Aber was, wenn kein Internet vorhanden ist oder die finanziellen Mittel derzeit einfach fehlen? Genau da wollen wir mit dieser Spendenaktion Abhilfe schaffen und die betroffenen Familien unterstützen.“

Dem Aufruf folgten zahlreiche Bürger*innen und spendeten Spiele, Ausmalhefte, Stifte und Bücher. Die Spenden wurden abgeholt und am 1. Mai 2020 dann zu jenen Familien nach Hause geliefert, die sich vorher telefonisch gemeldet hatten. Dennoch blieb einiges an Spielsachen übrig, daher verfolgten Marika und ihr Team eine andere

Strategie. „Wir haben uns entschlossen ein öffentlich zugängliches „Tauschregal“ aufzustellen. Dies stand erstmals am Mittwoch, den 06. Mai 2020 vor dem Döbelner Bürgerbüro. Darin zu finden waren nicht nur die übrig gebliebenen Spielsachen der vorhergehenden Spendenaktion, sondern auch selbst genähte Stoffmasken, die uns vom Döbelner NähCafé zur Verfügung gestellt wurden. Viele Bürger*innen sind vorbeigekommen und haben unser Angebot rege genutzt, was mich sehr freut hat“ sagt Marika Tändler-Walenta. „Sinn der Aktion ist es, Familien in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Besonders Kinder brauchen sinnvolle Beschäftigungs-



möglichkeiten, da sind neue Spiele und Bücher natürlich eine willkommene Abwechslung. Ich möchte die Döbelner*innen ermutigen vorbeizukommen und an der Aktion teilzunehmen.

Je mehr Menschen sich beteiligen, spenden und tauschen, umso vielfältiger ist das Angebot und umso mehr können dieses auch nutzen. Das „Tauschregal“ ist neben dem Einkaufsservice ein weiteres Projekt, dass ich gern längerfristig durchführen möchte. Zum einen, weil wir damit viele Kinder und deren Familien unterstützen können.

Zum anderen, weil wir somit noch mehr Bürger*innen erreichen können, die bei uns vorbeischauen und mit uns ins Gespräch kommen können“ verrät Marika Tändler-Walenta abschließend.

Bei anderen gelesen: „Freie Presse“ vom 22.04.

Aderlass bei Bahnstrecken

Rochlitz. Nach der Wende sind im Gebiet des heutigen Mittelsachsens zahlreiche Bahnstrecken stillgelegt worden. Das geht aus einer Antwort des Verkehrsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag hervor. Laut Linkspartei handelt es sich um neun Schienenwege mit einer Gesamtlänge von 150 Kilometern. In der Auflistung ist unter anderem die Strecke von Rochlitz nach Narsdorf zu finden. Zwischen den zwei Haltepunkten verkehrt seit Anfang 2002 kein Zug mehr. Auch die Trasse von Glauchau nach Großbothen wurde stillgelegt. So fuhr hier zum Beispiel im Juni 2001 zwischen Rochlitz und Wechselburg der letzte Zug. „Die Bewohner im ländlichen Raum fühlen sich verkehrstechnisch abgehängt und das zurecht“, kommentiert die **Linken-Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta aus Roßwein** die Ergebnisse aus Berlin. Allerdings gibt es Hoffnungszeichen: Zumindest auf der Strecke Grimma-Rochlitz-Geithain sollen nach dem Willen der Landesregierung wieder Züge rollen. (acr)

jahrestage im mai und juni 2020

12./13.05. 1920: Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterjugendinternationale in Amsterdam

06.06. 1920: Erste reguläre Reichstagswahl der Weimarer Republik

14.06. 1920: Max Weber gestorben

17.06. 1920: Erster Beleg für die Verwendung des Begriffs „friedliche Koexistenz“

23.06. 1929: Abschaffung der Adelsprivilegien in Preußen

17.05. 1930: Young-Plan rückwirkend zum 1. September 1929 in Kraft getreten.

10.05./22.06. 1940: Überfall Deutschlands auf Belgien, die Niederlande und Luxemburg sowie Frankreich

20.05. 1940: KZ Auschwitz wird errichtet

26.05./04.06. 1940: Britische Evakuierungsaktion in Dünkirchen

17.06. 1940: Besetzung Litauens, Lettland und Estland durch die Sowjetunion

05./09.05. 1945: Bewaffneter Aufstand in Prag mit Unterstützung der Roten Armee

07.05. 1945: Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch Vertreter der Wehrmacht im US-Hauptquartier in Reims

08.05. 1945: Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa - Tag der Befreiung

12.05. 1945: Churchill benutzt erstmals den Begriff „Eiserner Vorhang“

23.05. 1945: Verhaftung der Mitglieder der Reichsregierung und des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht

01.06. 1945: Berliner Frauen zur Trümmerbeseitigung verpflichtet

05.06. 1945: Bildung des Alliierten Kontrollrates mit Sitz in Berlin; Erklärung der Vier Mächte über die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland

11.06. 1945: Aufruf der KPD

15.06. 1945: Aufruf des Berliner Zentralaussschusses der SPD

26.06. 1945: Unterzeichnung der UNO-Charta

26.06. 1945: „Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse“

11./13.05. 1950: Außenministerkonferenz der drei Westmächte über Deutschland

27.05. 1950: Erstes Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin (DDR)

06.06. 1950: Unterzeichnung des Abkommens von Zgorzelec über die Oder-Neiße-Grenze zwischen der DDR und Polen (in Kraft getreten am 28. November 1950)

13.06. 1950: Apartheid wird Gesetz in Südafrika

25.06. 1950: Beginn des Koreakrieges

01.05. 1960: Abschluss eines US-amerikanischen Spionageflugzeugs (U2“) im Gebiet Swerdlowsk, Absage der Gipfelkonferenz der Großmächte in Paris durch die Sowjetunion

22.06. 1960: Hermann Duncker gestorben

14.05. 1970: Geburtsstunde der RAF

03.05. 1980: Hüttendorf „Republik Freies Wendland“ von Atomkraftgegnern errichtet.

08.06. 1980: Ernst Busch gestorben

05.05. 1990: Beginn der „Zwei-plus-Vier“-Gespräche zur deutschen Einheit

18.05. 1990: Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Währungs-Wirtschafts- und Sozialunion beider deutscher Staaten

01.06. 1990: Bush und Gorbatschow unterzeichnen das „Abkommen über die Vernichtung und Nichtproduktion chemischer Waffen und über Maßnahmen zu Erleichterung des multilateralen Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen“

15.06. 1990: Gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen beider deutscher Staaten verspricht, die besatzungsrechtlichen Enteignungen nicht anzutasten

19.06. 1990: Aufhebung des Apartheidgesetzes in Südafrika

21.06. 1990: Bundestag und Volkskammer verabschieden zeitgleich den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie eine Resolution zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze

23.06. 1990: In Berlin konstituiert sich die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS

11.05. 1995: Der Atomwaffensperrvertrag von 1968 wird in New York unbefristet verlängert

30.06. 1995: Jugoslawienkonflikt: Bundeswehr entsendet Kontingent

06.05. 2010: Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ eröffnet



Dem Aufruf des Ortsverbandes Freiberg, Ernst Thälmann am 16. April anlässlich seines 134. Geburtstages am Denkmal am Meißner Ring im stillen Gedenken zu ehren, folgten auch **RUTH KRETZER-BRAUN** (an der Kamera) und **HANNES KRETZER**. Auch in Rochlitz ehrte der Ortsverband Rochlitz-Geringswalde Ernst Thälmann anlässlich seines Geburtstages.

grund- und menschenrechte in der corona-krise

von ACHIM GRUNKE

Über dem österreichischen Ischgl in Tirol, einem lauschigen Ort, der zum Urlaub machen einlädt, liegt nun ein Fluch. „Corona-Tatort Ischgl – die Spur des Virus zeigt, in welcher Gefahr Urlauber wochenlang waren“, so die Schlagzeilen nach dem Geschehenen. Trotz Warnungen vor dem Coronavirus wurde in Ischgl bis Mitte März ohne Hemmung weiter Ski gefahren und beim Après-Ski gefeiert. Aber schon Anfang März hatten Behörden in Island nach der Rückkehr zahlreicher erkrankter Skilurlauber aus Tirol die Region zum Risikogebiet erklärt. Seit dem 16. April untersucht nun die Staatsanwaltschaft Innsbruck, wie es zur rasanten Corona-Ausbreitung in den Skigebieten Tirols kommen konnte. Eine Strafanzeige des österreichischen Verbraucherschutzbereichs hat die Ermittlungen ins Rollen gebracht. Aus „handfesten wirtschaftlichen Interessen“ hätten staatliche Stellen und die heimische Wirtschaft zu spät auf die Pandemie reagiert, um den lukrativen Skibetrieb möglichst lange aufrecht zu erhalten und noch hohe Gewinne einzufahren. Es steht der Vorwurf im Raum, dass grob fahrlässig und verantwortungslos die Gesundheit und das Leben von Menschen auf's Spiel gesetzt wurden.

das recht auf leben und gesundheit

In Artikel 2 des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland heißt es aber: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Das Recht auf Leben, am Anfang des Katalogs der Grundrechte des GG stehend, gehört zu den höchsten Rechtsgütern. Wenn zwar die Würde des Menschen allgemein als höchster Wert des GG bezeichnet wird, muss aber davon ausgegangen werden, dass ohne das Recht auf Leben die Menschenwürde undenkbar ist. Das Recht auf Leben ist deshalb ein Wesenselement der Menschenwürde und die vitale Voraussetzung für die Wahrnehmung aller Rechte schlechthin.

Insofern hat das Recht auf Leben auch eine Vorrangstellung unter den Grundrechten, kann als „primus inter pares“ (lat.) „Erstes unter Gleichen“ bei den Grundrechten angenommen werden, was zugleich auch bedeutet, dass die Vorrangstellung nicht von absoluter Geltung ist. Auch in den internationalen Menschenrechtserklärungen und -abkommen steht das Recht auf Leben an vorderster Stelle, so im Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 oder in Artikel 6 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, wo es heißt: „Jeder Mensch hat ein angeborenes Recht auf Leben. Dieses Recht ist gesetzlich zu schützen.“

Daraus erwächst auch die Pflicht der Staaten, zum Schutz des Lebens geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die allgemeinen Bedingungen in der Gesellschaft zu verbessern, die zu direkten Bedrohungen des Lebens führen können oder das einzelne Individuum daran hindern, sein Recht auf ein Leben in Würde zu genießen; dazu gehören auch Maßnahmen gegen eine weite Verbreitung lebensbedrohlicher Krankheiten.

Am 11. März 2020 wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der COVID-19-Ausbruch offiziell als Pandemie (= länder- und kontinentübergreifende Ausbreitung einer Infektionskrankheit) bestimmt. Der WHO-Regionaldirektor für Europa erklärte, es sei noch mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen zu rechnen. Er appellierte dringend an die Länder, auch weiterhin auf Eindämmung zu setzen und gleichzeitig die Bemühungen zur Bekämpfung der Krankheit zu forcieren. Dabei komme es wesentlich auf schnelles Handeln an, bei dem jeder Tag zähle.

Um die Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, einigten

sich in Deutschland Bund und Länder erstmals am 16. März auf ein gemeinsames Vorgehen zur Beschränkung von sozialen Kontakten im öffentlichen Bereich und erweiterten das am 22. März zu einem umfassenden Kontaktverbot. In Sachsen waren ab 18. März alle Schulen und Kitas geschlossen (ausgenommen eine Notbetreuung), ab dem 19. März wurden per Allgemeinverfügung fast alle privaten und öffentlichen Einrichtungen geschlossen und sämtliche Veranstaltungen untersagt, ab 23. März galten allgemeine Ausgangsbeschränkungen (das Verlassen des Hauses war nur noch aus triftigen Gründen erlaubt). Dieser Zustand wurde fortan mit dem Begriffen des „Lockdown“ (= Abriegelung, Absperrung, Ausgangssperre, Isolierung) oder des „Shutdown“ (= Stilllegung des öffentlichen Lebens) beschrieben. So wurden insgesamt seit dem 16. März in Bund und Ländern eine Reihe einschneidender Maßnahmen ergriffen, um Leben und Gesundheit der Menschen zu schützen, verbunden mit teils erheblichen Einschränkungen der Grund- und Menschenrechte (z.B. Ausgangs-, Reise-, Kontaktverbote und -beschränkungen; Religionsfreiheit; Versammlungs- und Demonstrationsrecht; Arbeit und Berufsfreiheit).

beschränkungen von grund- und menschenrechten

Ist eine Beschränkung von Grund- und Menschenrechten aber zulässig? Grundsätzlich erst mal ja, denn sie können von jedem einzelnen Menschen nicht einfach schrankenlos ausgelebt werden. „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt“, meinte schon der Philosoph Immanuel Kant (1724-1804). Wenn jeder seine Grundrechte grenzenlos in die Tat umsetzen könnte, gäbe es zwangsläufig erhebliche Konflikte mit anderen Menschen und mit dem Staat. Deshalb kommt es zu unzähligen Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten, um einen Ausgleich zwischen gegenläufigen Interessen von Personen herzustellen und ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Als gesellschaftliches Wesen (Marx) oder soziales, auf Gemeinschaft angelegtes Lebewesen („Zoon politikon“ - Aristoteles) muss der Mensch gewisse Beschränkungen seiner Freiheiten im Interesse des Gemeinwohls hinnehmen. Die Funktion der Grund- und Menschenrechte besteht nicht darin, eine unbeschränkte egoistische Individualität zu garantieren, sondern individuelle Freiheit mit Verantwortung zu verbinden.

Eine Beschränkung von Grund- und Menschenrechten wird regelmäßig dort stattfinden, wo es sich um gesellschaftliche Ausnahmesituationen handelt wie etwa jetzt in der Corona-Krise. Nach dem Ausbruch der Epidemie hatte der Deutsche Bundestag am 25. März eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ festgestellt und ein Gesetz zum Schutz der Bevölkerung erlassen. Die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ entspricht inhaltlich dem, was in Artikel 12 der Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO als gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite definiert wird: als ein „außergewöhnliches Ereignis“, das als „ernst, ungewöhnlich oder unerwartet“ eingestuft wird und ggf. ein sofortiges koordiniertes Handeln erfordert. Die Beschränkung von Grundrechten kann stets, also auch in der Corona-Krise, nur unter einem Rechtfertigungsvorbehalt geschehen, d.h. die getroffenen Maßnahmen müssen dem rechtsstaatlichen Prinzip der Verhältnismäßigkeit genügen, was heißt, sie müssen

(a) geeignet sein, einen legitimen öffentlichen Zweck oder das Gemeinwohl zu verfolgen, sie müssen

(b) erforderlich sein, weil es kein milderes gleich geeignetes Mittel gibt und sie müssen

(c) angemessen sein im Verhältnis zu dem verfolgten öffentlichen Zweck und in Abwägung mit geschützten privaten Interessen.

Das Ausmaß der Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten durch die unter den Bedingungen einer „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ getroffenen Maßnahmen war anfangs erforderlich. Angesichts der Neuartigkeit der konkreten Bedrohung, dem hohen Wert der betroffenen Rechtsgüter (Leben, körperliche Unversehrtheit und Gesundheit) sowie auch fortbestehender wissenschaftlicher Unklarheiten erscheinen die bisherigen radikalen Maßnahmen durchaus vertretbar und verhältnismäßig, zumal dadurch die Zunahme der Infektionen seit etwa Mitte April deutlich gesenkt werden konnte.

abwägung mit anderen grund- und menschenrechten

Klar war aber auch von Anfang an, dass ein „Lockdown“ oder ein „Shutdown nicht auf längere Dauer durchzuhalten ist, bis etwa ein wirksamer Impfstoff für alle bereit gestellt werden kann. Da das Recht auf Leben keine absolute, unantastbare Vorrangstellung hat, durfte deshalb nach den Erfahrungen aus den zurückliegenden Wochen geprüft werden, ob denn konkrete Einzelmaßnahmen noch angemessen und notwendig sind. Deshalb wurden - in Abhängigkeit vom Infektionsgeschehen - erste Lockerungen der Maßnahmen vorgenommen und weitere Lockerungen angekündigt, was bedeutet, dass auch Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten schrittweise wieder aufgehoben werden.

Da die Belastungen für die Menschen immer erdrückender wurden und unliebsame Auswirkungen hatten (Verlust von Arbeit und Einkommen, Angst vor wirtschaftlichem Ruin, Vereinsamung, Depressionen, häusliche Gewalt u.a.m.), wurden die Rufe nach Aufhebung von Maßnahmen immer drängender und sind aus Sicht der Einzelsituationen auch menschlich verständlich. Höchst fragwürdig erscheinen jedoch die Proteste von Wutbürgern, Verschwörungstheoretikern, Neurechten und Extremisten unterschiedlicher Couleur, die plötzlich das Grundgesetz für sich entdeckt haben und sich zu Verteidigern von Grundrechten aufschwingen. Jedenfalls bedarf es einer fortwährenden kritischen Überprüfung der einschränkenden Maßnahmen, der Anpassung von Erkenntnisfortschritten und sobald es sich als vertretbar erweist, sind die Maßnahmen aufzuheben oder zumindest zu reduzieren. Nach Lage der Dinge werden wir uns aber noch für längere Zeit, bis ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht, mit einem „Leben mit dem Virus“ einrichten haben und ggf. auch partielle Beschränkungen von Grund- und Menschenrechten hinzunehmen haben.

Immer wieder neu müssen Abwägungen zwischen dem elementaren Recht auf Leben und Gesundheit und den anderen Grund- und Menschenrechten getroffen werden. Weder mit dem christlichen noch mit dem humanistischem Menschenbild vereinbar sind hingegen auf einen pragmatischen Nutzen reduzierte Abwägungen, wenn etwa die schlichte Frage gestellt wird, wie viele gerettete Covid-19-Erkrankte rechtfertigen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ebenso abwegig wäre die Aufopferung bestimmter Menschengruppen (die etwa nicht mehr lange leben würden), damit die anderen ein normales Leben weiterführen können. Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem anderen Zusammenhang festgestellt, dass eine Abwägung „Leben gegen Leben“ gegen das Grundgesetz verstoße. Der Staat dürfe niemanden ermächtigen, Menschen zu opfern, um möglicherweise mehr Menschen zu retten.

1945 – ende der naziherrschaft, befreiung und Neubeginn

von ACHIM GRUNKE

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Berlin-Karlshorst am 8. Mai 1945 beendete den Zweiten Weltkrieg in Europa und war zugleich das Ende der staatlichen Existenz des Deutschen Reiches. Daran konnte auch die von Hitler eingesetzte Regierung des Großadmiral Dönitz nichts ändern, die in Flensburg noch 21 Tage lang residierte, bis am 23. Mai 1945 durch die britische Besatzungsmacht diesem Spuk ein Ende gesetzt wurde und dieses letzte Aufgebot der Machtlosigkeit einfach verhaftet wurde.

Deutschland war weitgehend zerstört, militärisch erobert und von alliierten Truppen besetzt. Die großen Städte lagen in Trümmern. Flüchtlinge und Vertriebene strömten aus den Ostgebieten herein, auf der Suche nach Obdach und Nahrung und einer neuen Heimat. Die Niederlage war vollständig, es gab keine deutsche staatliche Autorität mehr.

antifa-ausschüsse

In der Zeit zwischen dem Zusammenbruch der Strukturen der Naziherrschaft und der Errichtung eines funktionsfähigen Besatzungsregimes entstanden in allen Teilen Deutschlands eine Unzahl von Ausschüssen oder Komitees, die sich als „antifaschistisch“ bezeichneten und sich auch so verstanden. Einige dieser Antifa-Ausschüsse gingen aus bereits bestehenden Widerstandsgruppen hervor, manche bildeten sich unmittelbar vor dem Einmarsch der alliierten Truppen und sorgten für die kampfbefreite Übergabe ihrer Ortschaften. Andere wiederum entstanden erst unmittelbar nach der Besetzung. Zu den Initiatoren dieser Zusammenschlüsse zählten meistens Leute aus Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung vor 1933, aber ebenso bürgerliche und christliche Demokraten.

Im kurzzeitig vorhandenen Machtvakuum begannen die Ausschüsse selbständig mit der Auflösung des lokalen Nazi-Machtapparats, der Entnazifizierung der Verwaltung sowie der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Sie übernahmen die für das Überleben notwendigen öffentlichen Funktionen, setzten die Strom- und Wasserversorgung wieder in Gang, organisierten die Lebensmittelversorgung und Aufräumarbeiten u.a.m. Es galt, die lethargische Bevölkerung für die ersten Wiederaufbauarbeiten zu mobilisieren, Wohnraum für Obdachlose zu beschaffen sowie etwas für die Ingangsetzung der örtlichen Wirtschaft zu tun.

Die Antifa-Ausschüsse waren ohne fremdes Zutun als spontaner Ausdruck eines Willens zum politischen Neuanfang von unten entstanden. In Sachsen wurden mindestens 68, für Thüringen 80 Ausschüsse festgestellt. Im Industriegebiet Zwickau arbeiteten mehrere aktive anarchistische Antifa-Komitees.

Aber die Antifa-Ausschüsse passten weder in die Vorstellungswelt der Sowjetischen Militäradministration noch in das politische Konzept der KPD. Bereits im April 1945 waren die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee und die KPD darauf bedacht, dass sich in Deutschland neue politische und gesellschaftliche Strukturen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs auf gar keinen Fall spontan entwickeln durften. Die KPD-Führung betrachtete die spontan entstandenen, von ihr nicht kontrollierten Antifa-Ausschüsse mit erheblichen Misstrauen und drängte auf deren Ausschaltung; und so wurden sie kurzerhand

aufgelöst.

Nicht besser erging es den Antifa-Ausschüssen in den westlichen Besatzungszonen. Hier bestand teilweise bei den Besatzungsmächten ein allgemeines Misstrauen gegenüber „den Deutschen“, die die Welt ins Unheil gestürzt hatten, die deshalb erst mal von der Politik fernzuhalten waren und in eine politische Quarantäne zu schicken waren. Andererseits passten die Antifa-Ausschüsse überhaupt nicht in das Konzept der parlamentarischen Demokratie, wie sie die Besatzungsmächte irgendwann einzuführen gedachten. Andere wiederum fürchteten einen zu großen Einfluss von Kommunisten in den Antifa-Ausschüssen.

Spätestens bis 1948 hatten in allen Besatzungszonen die Antifa-Ausschüsse aufgehört zu existieren.

das besatzungsregime

Am 5. Juni 1945 machten die siegreichen Besatzungsmächte öffentlich bekannt, dass die oberste Regierungsgewalt in Deutschland von Vertretern der vier alliierten Mächte übernommen sei und von ihnen gemeinsam ausgeübt werde. In ihrer „Berliner Erklärung“ verkündeten sie: „Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.“

Die „Berliner Erklärung“ war die gemeinsame Geschäftsgrundlage der Alliierten für die praktische Durchsetzung der Deutschland auferlegten Kapitulationsbedingungen, insbesondere die Entmilitarisierung, die Entnazifizierung und die Verhaftung der Naziführer und Kriegsverbrecher. Die Unterzeichnung und Verkündung der Erklärung in Berlin war vor allem ein demonstrativer Akt, der anzeigen sollte, dass Deutschland jetzt unter Besatzungsrecht stand. Das Treffen der vier Oberbefehlshaber war im Grunde schon die erste Sitzung des gemeinsamen Alliierten Kontrollrats, der offiziell noch während der Potsdamer Konferenz am 30. Juli 1945 erstmals zusammentrat. Auf der kommunalen Ebene arbeiten die deutschen Verwaltungen nach der Kapitulation zunächst weiter. Bürgermeister und Landräte wurden von den Alliierten anfangs nach Belieben ein- oder abgesetzt. Bald wurden auch wieder auf höherer Ebene deutsche Auftragsverwaltungen eingerichtet. In der sowjetischen Besatzungszone wurden schon im Juli 1945 fünf Länder geschaffen, in der US-Besatzungszone im September 1945, in der britischen und französischen Mitte 1946.

das potsdamer abkommen

Die Potsdamer Konferenz, die am 17. Juli 1945 begonnen hatte, endete am 2. August 1945 mit der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ („Potsdamer Abkommen“). Von den drei Staatschefs der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens unterzeichnet, wurde darin das weitere Vorgehen für das besiegte Deutschland festgelegt.

Beschlossen wurden politische Grundsätze für das

in Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland, nämlich dass alle Bereiche der deutschen Gesellschaft vom Nazigedankengut befreit und nach demokratischen Grundwerten gestaltet werden sollten, dass durch die Auflösung des Militärs und die Beseitigung der Rüstungsindustrie keine Kriegsgefahr mehr von Deutschland ausgehen sollte und dass durch die Verteilung der politischen Verantwortung auf die regionale und lokale Ebene die Selbstverwaltung gestärkt werden sollte.

Im Abkommen wurde ebenfalls abgemacht: „Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten... In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“ Außerdem wurde beschlossen, dass den Siegermächten als Wiedergutmachung der Kriegsschäden Reparationszahlungen zustanden und sie Industrieanlagen abbauen und selbst nutzen konnten. Die geplante Einrichtung fünf deutscher Zentralverwaltungen scheiterte am Einspruch Frankreichs, das die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens erst im nachhinein anerkannte. Für die deutsche Nachkriegsentwicklung erhebliche Auswirkungen auf die Besatzungszonen hatte der Grundsatz, dass die Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt werde, und zwar von jedem in seiner Besatzungszone. Die Oberbefehlshaber begannen früh damit, ihr eigenes System auf den von ihnen besetzten Teil zu übertragen.

die zulassung von parteien

Parallel zur Wiederherstellung einer deutschen Verwaltung, die im Auftrag der Besatzungsmacht tätig wurde, vollzog sich allmählich die Bildung politischer Gruppierungen. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) waren durch Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration schon am 10. Juni 1945 Parteien ganz offiziell zugelassen und zur politischen Aktivität ermuntert worden. Das war gleichsam ein Handstreich der sowjetischen Besatzungsmacht gewesen, der in Szene gesetzt wurde, ehe auf der Potsdamer Konferenz die drei großen Siegermächte zusammenkamen, um die Grundsätze einer gemeinsamen Deutschlandpolitik zu besprechen. Es konnte als Versuch gedeutet werden, noch vor dem Einrücken der Westalliierten in Berlin politische Tatsachen zu schaffen und im Rahmen einer gesamtdeutschen Strategie von der ehemaligen Reichshauptstadt Berlin aus prägenden Einfluss auf die Entstehung eines zentralen deutschen Parteiensystems zu nehmen.

Am 11. Juni 1945 trat in Berlin die KPD mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit, Mitte Juni folgte die SPD, Ende des Monats die CDU und am 5. Juli wurde die Liberal-Demokratische Partei (LDP) gegründet. Die Wirksamkeit dieser vier Parteien blieb auf Berlin und die SBZ beschränkt.

Im August 1945 wurde die Erlaubnis für Parteigründungen in der US-Besatzungszone, im September in der britischen Zone und im Dezember in der französischen Zone erteilt. Die Zulassung war in den Westzonen zunächst jedoch auf die Kreisebene beschränkt und an allerlei bürokratische Bedingungen geknüpft.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führte am 8. und am 23. April zwei Telefonkonferenzen durch. Im Mittelpunkt standen die Konsequenzen aus der Corona-Krise und die Orientierungen des Bundes- und Landesvorstandes für die Parteiarbeit unter den grundlegend veränderten Bedingungen. Dabei geht es u.a. um die Sorge um die älteren Genossinnen und Genossen und die Verbesserung der digitalen Kommunikation. Die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta informierte über ihre Arbeit als Landtagsabgeordnete. Man verständigte sich über den 1. Mai und die Vorbereitung der Ortsverbände auf den 8. Mai unter den leicht gelockerten Kontaktbedingungen.

Die nächste Beratung des Kreisvorstandes ist für den 27. Mai terminiert, würde sich aber mit der an diesem Tag anberaumten Sitzung des Kreistages überschneiden. Entscheidungen stehen noch aus, auch darüber, ob sie als reguläre Beratung oder als Telefonkonferenz durchgeführt wird.

COVID19 bringt unser Gesellschaftssystem an seine Grenzen

Unter dieser Überschrift hat der Landesvorstand im April ein 14-seitiges Papier mit einem umfangreichen Forderungskatalog zu allen Bereichen des gesellschaftliche Lebens beschlossen. Das Papier endet mit folgenden Feststellungen:

Die weltweite Corona-Pandemie kann zu massiven gesellschaftspolitischen Rückschritten führen. Sei dies mit Blick auf Freiheits- und Grundrechte, Gleichstellungsperspektiven, Willkommenskultur oder den Klimawandel. Unlängst wird die Pandemie zum Scheingrund für alle erdenklichen konservativen und rechten Wunschträume instrumentalisiert: Von der langfristigen Schließung der Grenzen, Aussetzung und Abschaffung des Grundrechts auf Asyl,- sowie Stopp der Klimaschutzmaßnahmen oder Aufweichungen im Bereich des Datenschutzes. Hier braucht es laute Gegenwehr, kritische Auseinandersetzung der Prozesse und Maßnahmen, sowie Solidarität mit Allen, die von den Angriffen, egal welcher Natur, betroffen sind/sein werden. Viele Menschen fallen jetzt schon ins Bodenlose. Für sie brauchen wir Soforthilfen, schnell & unbürokratisch.

In der Krise aber liegen auch immer Chancen auf eine Verbesserung des Bestehenden. Eine längst überfällige Generalüberholung unseres Gesellschaftssystems, Abbau bestehender neoliberaler Strukturen und kapitalistischer Landnahme vieler durch Wenige. Hinzu mehr Solidarität, Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit. Bessere Arbeitsbedingungen, Abschaffung von Geschlechterhierarchien, eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Gleichstellung, Fortentwicklung von Digitalisierung und alternativen Kommunikations- und Arbeitsformen - alles ist möglich. Auch eine gewaltfreie und selbstbestimmte Gesellschaft, in der feministische Lebenspraxis selbstverständlich und Ungleichheit Geschichte sind. Hier sind wir als LINKE gefragt.

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen über sechzig sowie unseren hochbetagten geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich !



Im mai und juni 2020 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

GERTRAUDE FRITSCH	geb. am 01.05.1939,	in	Leisnig
LUDWIG BRUMM	geb. am 05.05.1930,	in	Brand-Erbisdorf
MARIANNE JUCAK	geb. am 07.05.1926,	in	Geringswalde
ARMIN WEIHS	geb. am 08.05.1939,	in	Döbeln
ERIKA WUNTSCHOFF	geb. am 09.05.1937,	in	Freiberg
GISELA EXNER	geb. am 13.05.1939,	in	Rochlitz
HEIDRUN BURDACK	geb. am 14.05.1950,	in	Roßwein
PETER BRANDL	geb. am 18.05.1945,	in	Oederan
MANFRED KOMMER	geb. am 18.05.1938,	in	Seelitz
MARIANNE WINKLER	geb. am 19.05.1927,	in	Leipzig
ANNELIESE OEHMICHEN	geb. am 20.05.1938,	in	Halsbrücke
HELMUT HANTSCHMANN	geb. am 21.05.1932,	in	Brand-Erbisdorf
KLAUS OEHMIG	geb. am 23.05.1940,	in	Penig
IRMGARD ULBRICHT	geb. am 27.05.1929,	in	Flöha
ROLF PIETZSCH	geb. am 27.05.1935,	in	Döbeln
IRENE WOLF	geb. am 28.05.1928,	in	Roßwein
HELGA SCHNEIDER	geb. am 29.05.1945,	in	Döbeln
GUDRUN SEIFERT	geb. am 30.05.1940,	in	Flöha
EBERHARD LOHSE	geb. am 30.05.1938,	in	Geringswalde
HANS-JÜRGEN DÄUMLER	geb. am 31.05.1945,	in	Geringswalde
LOTHAR MOSCHKE	geb. am 02.06.1945,	in	Döbeln
LEA LEHMANN	geb. am 04.06.1940,	in	Flöha
SONJA WINKLER	geb. am 05.06.1931,	in	Freiberg
ANITA GÖTZE	geb. am 06.06.1930,	in	Flöha
HANNELORE PANUSCHKA	geb. am 07.06.1950,	in	Waldheim
DIETER HUNGER	geb. am 07.06.1945,	in	Freiberg
JENS WEISSBACH	geb. am 10.06.1960,	in	Brand-Erbisdorf
UWE SPERLING	geb. am 11.06.1955,	in	Seelitz
URSULA HUNGER	geb. am 14.06.1928,	in	Mittweida
ULRICH HÜBNER	geb. am 15.06.1935,	in	Mittweida
SONJA HOLSTEIN	geb. am 15.06.1933,	in	Flöha
ANNELIESE GOTTHARDT	geb. am 15.06.1931,	in	Burgstädt
THEA RASSER	geb. am 19.06.1930,	in	Frankenberg
HEINZ-DIETER UHLIG	geb. am 20.06.1933,	in	Lichtenau
GERLINDE WÖLLNER	geb. am 24.06.1927,	in	Freiberg
CHRISTA LINDNER	geb. am 25.06.1929,	in	Lichtenau
WOLFGANG JUNGHANNS	geb. am 28.06.1935,	in	Augustusburg
CHRISTINE WOLF	geb. am 29.06.1950,	in	Waldheim
CHRISTIAN GÜHNE	geb. am 29.06.1929,	in	Leisnig

In eigener Sache: An dieser Stelle hat in den „LinksWorten“ seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senioren ihren Platz. Laut der neuen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei dokumentierter Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben es in unserer Zeitung umgedreht: Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

terminübersicht

In den online veröffentlichten Terminleisten des Bundes- und des Landesvorstandes finden alle geplanten Veranstaltungen in den Monaten Mai und Juni als Videokonferenzen statt. Der **Bundesparteitag** ist auf die Tage vom 30. Oktober bis 1. November verschoben. Der Kreisvorstand berät voraussichtlich am 27. Mai über die künftige Arbeit im Kreisverband. Wir informieren in unserer Juni-Ausgabe.

die aktuelle website unserer landtagsabgeordneten **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**

von **TONI CHRISTOPH**

Gern möchten wir an dieser Stelle für die Website unserer LINKEN-Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA** werben. Als schnelle Informationsplattform ist die übersichtlich strukturierte Seite bestens geeignet, um sich über die aktuellen politischen Anliegen und Arbeitsschwerpunkte von Marika Tändler-Walenta zu informieren sowie in Kontakt zu Ihr oder Ihrem Bürgerbüro zu treten.

<https://www.taendler-walenta.de/>

Dabei gibt es auf der Seite neben einer persönlichen Vorstellung und Bildern der Abgeordneten auch jede Menge über Ihre Arbeitsbereiche Europa, Kindertagesstätten und Sport in der Landtagsfraktion zu erfahren. Aktuelle



Pressemitteilungen, wie zukünftig auch Kleine Anfragen an die Sächsische Staatsregierung, sind unter der entsprechenden Rubrik auf der Website zu finden. Der immer stärker werdenden Präsenz in den „sozialen Medien“ werden wir durch Links und Verweise auf die entsprechenden Kanäle (Facebook, Twitter, Instagram & co.) gerecht. In einem weiteren Bereich gibt es die Möglichkeit, sich über künftige Termine sowie Veranstaltungen von Marika Tändler-Walenta zu informieren. Für Rückfragen oder Anliegen von Bürgerinnen & Bürgern steht auf der Website ein Kontaktformular zur Verfügung. Alternativ dazu findet man dort auch alle benötigten Kontaktdaten von Ihr und Ihrem Team.



brief zum“ tag der kinderbetreuung“

von **KATI VOIGT**

Zum „Tag der Kinderbetreuung“ am 11. Mai 2020 hat Marika Tändler-Walenta allen Kindertagesstätten in Mittelsachsen einen persönlichen Brief zukommen lassen. In ihrer Rolle als Sprecherin für den Bereich Kindertagesstätten hat sie diesen Tag zum Anlass genommen, um sich sowohl bei den Leiter*innen als auch den Erzieher*innen der Einrichtungen für ihre tägliche Arbeit und ihr Engagement zu danken.

„Die Arbeit von Erzieher*innen spielt seit jeher eine tragende Rolle in unserer Gesellschaft. Doch gerade jetzt, in der aktuellen Corona-Krise, wird die Tragweite der Arbeit des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten immer sichtbarer. Und das ist auch gut so!“ sagt Marika Tändler-Walenta.

Aus ihrer Sicht sollte es nicht nur bei einem Dankeschön bleiben. „Viel wichtiger ist es doch, dass sich die Anerkennung der pädagogischen Arbeit in angemessenen Löhnen und entsprechenden Rahmenbedingungen widerspiegelt. Aus diesem Grund setze ich mich in meiner Rolle als Sprecherin für den Bereich Kindertagesstätten für die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und eine angemessene Förderung von Kindertagesstätten, seitens des Freistaates, ein. Auch die Abschaffung des Schulgeldes, was wir als Linke schon seit 2018 fordern, sowie eine adäquate Ausbildungsvergütung für angehende Erzieher*innen sind aus meiner Sicht weitere wichtige Aspekte um den Beruf endlich aufzuwerten. Ich denke nur so kann dem bestehenden Personalmangel in Kitas aktiv entgegengewirkt werden“ so die Landtagsabgeordnete weiter.

Zur aktuellen Situation bezüglich der geplanten Wiedereröffnung der Kindertagesstätten zum 18. Mai 2020 erklärt Marika Tändler-Walenta: „Grundsätzlich begrüße ich die Öffnung der Kindertagesstätten, besonders im Hinblick auf die Entlastung der Familien. Zudem ist der Besuch von Kitas für die Kinder von großer Bedeutung, denn sie sind Orte des Lernens und unverzichtbar für die soziale, emotionale und kognitive Entwicklung. Die schnelle Komplettöffnung der Kitas bringt allerdings einen hohen Mehraufwand mit sich und birgt zudem unnötig große Gesundheitsrisiken für die Beschäftigten sowie für alle, mit denen die Kinder außerhalb der Einrichtungen in Kontakt kommen. Eine schrittweise Öffnung, priorisiert nach dem Bedarf unterschiedlicher Elterngruppen und angefangen bei berufstätigen Alleinerziehenden, wäre aus meiner Sicht besser gewesen“ so Marika Tändler-Walenta abschließend.



Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

**GERLINDE SCHUBERT
ILSE CORINTH**

**Döbeln
Oederan**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.